



Niederschrift 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.08.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:49 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	Leitung der Sitzung bis 19:16 Uhr
Herr Uwe Adler	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Finken	CDU	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	bis 19:45 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	bis 20:20 Uhr
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Vertreter Fridays For Future

Frau Anna Ducksch	FFF
-------------------	-----

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
---------------------	-----------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD	entschuldigt
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	nicht entschuldigt
Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Heike Thiel	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt

Gäste

Frau Viola Holtkamp	(Bereich Verbindliche Bauleitplanung) zu TOP 4.1, 4.7
Herr Norman Niehoff	
Herr Harald Kümmel	(Geschäftsstelle Bauen) zu TOP 4.3
Frau Dr. Tina Denninger	(Beauftragte für Menschen mit Behinderung) Rederecht zu TOP 4.8, 4.13, 5.1
Herr Lars Schmäh	(Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 4.5, 4.6, 4.14
Herr Bernd Richter	(Kommunaler Immobilien Service KIS) zu TOP 4.10, 4.11

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.05.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Bericht zum Zwischenstand der Aufstellung des Einzelhaushalts 2022 gemäß
DS 21/SVV/0516
Geschäftsstelle Bauen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0424
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Wiedervorlage)
- 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung
Vorlage: 21/SVV/0455
Fraktion Freie Demokraten
(Wiedervorlage)
- 4.3 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen
Vorlage: 21/SVV/0522
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
- 4.4 Radwege
Vorlage: 21/SVV/0530
Ortsbeirat Grube
- 4.5 Planwerk Gewässer
Vorlage: 21/SVV/0531
Ortsbeirat Grube
- 4.6 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen)
Vorlage: 21/SVV/0566
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.7 Eine Freiflächensolaranlage für die Deponie Golm
Vorlage: 21/SVV/0584
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE
- 4.8 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0594
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.9 Illegale Müllentsorgung vermeiden
Vorlage: 21/SVV/0627
Fraktion Bürgerbündnis
- 4.10 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0630
Fraktion DIE LINKE

- 4.11 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0632
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.12 Untersuchung zur Optimierung Straßenreinigung/Winterdienst
Vorlage: 21/SVV/0642
Fraktionen DIE LINKE und SPD
- 4.13 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644
Fraktion DIE LINKE
- 4.14 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE
- 4.15 Vorgehen zur Einführung eines kostenlosen Schüler- und Azubitickets
Vorlage: 21/SVV/0600
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 4.16 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt
Vorlage: 21/SVV/0684
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor
Bordsteinabsenkungen verhindern
Vorlage: 21/SVV/0813
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 5.2 Berichterstattung zur Verlegung der Buslinien 696 und 699 zur besseren
Anbindung von Drewitz und Kirchsteigfeld
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1361)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5.3 Berichterstattung Verkehr Kreuzung Bornim Kirche
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Lange, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.05.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Aufgrund der aktuellen Pandemielage wird vorgeschlagen, diese Sitzung auf möglichst zwei, maximal drei Stunden Sitzungszeit zu begrenzen.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 27.5.2021 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 5:0:4 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Tagesordnungspunkt 3 Bericht zum Zwischenstand der Aufstellung des Einzelhaushaltes 2022 wird aufgrund einer ausstehenden Verwaltungsklausur Ende des Monats auf die nächste Sitzung verschoben
- Tagesordnungspunkt 4.8 Fußverkehrskonzept wird zurückgestellt, da noch nicht alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen
- Die Tagesordnungspunkte 4.10 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden und 4.11 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden werden gemeinsam behandelt

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Ein Antrag auf Rederecht liegt vor von Frau Dr. Denninger (Beauftragte für Menschen mit Behinderung) zu den Tagesordnungspunkten:

- 4.8 Fußverkehrskonzept
- 4.13 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie STEK Verkehr
- 5.1 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern

Der Antrag auf Rederecht wird einstimmig angenommen.

zu 3 Bericht zum Zwischenstand der Aufstellung des Einzelhaushalts 2022 gemäß DS 21/SVV/0516
Geschäftsstelle Bauen

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 16.9.2021 verschoben (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0424
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Wiedervorlage)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an die erste Lesung im hiesigen Ausschuss und steht den Mitgliedern für Fragen zur Verfügung.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung
Vorlage: 21/SVV/0455
Fraktion Freie Demokraten
(Wiedervorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt in Vertretung für den GB 3 zum Antrag Stellung. Technisch sei die geforderte Analyse möglich, die aber in keinem Fall wirtschaftlich sein würde. Zudem existiert noch keine Richtlinie zum Umgang mit den gewonnenen Daten.

Herr Dr. Kretschmer weist darauf hin, dass die Kosten für eine solche Analyse überschaubar seien. In den nächsten Wochen und Monaten werden die Infektionszahlen absehbar wieder steigen, daher sei die Einführung eines solchen Verfahrens sinnvoll und hilfreich.

Herr Finken erkundigt sich, ob von den Wasserwerken eine Stellungnahme vorliegt.

Herr Niehoff teilt mit, dass eine finale Prüfung durch die Stadtwerke noch nicht vorliegt. Was aber schon jetzt gesagt werden kann, ist, dass das vorgeschlagene Verfahren nicht wirtschaftlich sein wird.

Herr Linke verweist auf den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:

„Die Ds 21/SVV/0455 wird wie folgt ergänzt:

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Abwasserproben genutzt werden können, um Informationen über den Konsum von verschiedenen Drogen in der Landeshauptstadt Potsdam zu gewinnen und welche Kosten dafür entstehen würden.“

Herr Dr. Kretschmer erinnert bezüglich des zuvor angesprochenen Ergänzungsantrages an seine Aussagen aus der letzten Sitzung. Nach wie vor ist das Thema Drogenscreening ein völlig anderes und sollte nicht mit der Forderung des Ursprungsantrages vermischt werden.

Herr Adler schlägt vor, den Antrag zu schieben, um in der nächsten Sitzung die Wasserwerke dazu anzuhören.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den eingebrachten Ergänzungsantrag heute abzustimmen und den Ursprungsantrag auf die nächste Sitzung zu schieben.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Dagegen spricht Herr Linke und stellt den Gegenantrag, den gesamten Tagesordnungspunkt zu schieben, um in der nächsten Sitzung die Stellungnahme der Wasserwerke zu ermöglichen.

Für und gegen den Gegenantrag spricht niemand.

Als weitergehenden Antrag stellt die Vorsitzende den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Linke zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:1:1 **angenommen.**

Damit wird der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung geschoben, in der die Wasserwerke zum Antrag Stellung nehmen sollen.

zu 4.3 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen

Vorlage: 21/SVV/0522

Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen) informiert über den aktuellen Sachstand.

Herr Finken erinnert an die Interessen der Allgemeinheit. Bevor hier eine

Entscheidung getroffen wird, seien alle Bedarfe abzuklären. Aktuell sei der Antrag nicht notwendig, erst einmal müssten entsprechende Gespräche geführt werden.

Frau Lange informiert, dass die betreffende Fläche für das Haus in Privateigentum sei und daher die Stadt nicht frei darüber verfügen könne. Wenn sich mit dem Eigentümer ein entsprechender Vertrag schließen ließe, bedeutet das einen Mehrwert, auch für die Allgemeinheit.

Herr Linke schlägt vor, den Antrag auf den ersten Satz zu reduzieren.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Ruderclub Vineta Potsdam e. V. bei der Ansiedlung im Entwicklungsgebiet Krampnitz im Bereich des Bebauungsplans Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ zu unterstützen.“

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Ruderclub Vineta Potsdam e. V. bei der Ansiedlung im Entwicklungsgebiet Krampnitz im Bereich des Bebauungsplans Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ zu unterstützen. Dabei ist das Ziel der Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit passenden Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Breitensport zwischen dem Ruderclub Vineta und einem daran interessierten Eigentümer.~~

~~- Nach rechtskräftigem Vertragsabschluss soll eine entsprechende Bebauungsplanung erfolgen.~~

~~- Dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem SBWL ist in regelmäßigen Abständen, beginnend im September 2021, zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.4 Radwege
Vorlage: 21/SVV/0530
Ortsbeirat Grube

Die Debatte erfolgt ohne gesonderte Einbringung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass ein Radweg vom Land Brandenburg im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens aufgrund der schlechten Baugrundverhältnisse, des großen Eingriffs in die Natur und letztendlich höheren Kosten abgelehnt worden ist. Es konnte aber erreicht werden, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit zwischen beiden Orten bei 50

km/h bleibt und nicht wie von Land geplant hochgesetzt wird.

Ein straßenbegleitender Radweg könne in beiden Fahrrichtungen nur dann sinnvoll umgesetzt werden, wenn dieser durchgehend realisiert wird. Ohne einen Radweg im Brückenbereich sind straßenbegleitende Radwege zwischen Grube und Leest nicht zweckmäßig, da der Radverkehr jeweils vor und nach der Brücke die Fahrbahn queren muss. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herr Dr. Wegewitz bringt die im Finanzausschuss am 16.6.2021 beschlossene Fassung ein und wirbt für deren Annahme:

~~„die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des derzeitigen Planfeststellungsverfahrens (Az.: 2110-311103/0902/002) der Erneuerung der Brücke L 902 Bw 2 über die Wublitz bei Grube-Leest in den nächsten Jahren, sind durch die Stadt Potsdam Mittel in die Haushaltsplanungen 2022/23 für die Planungen und den Bau von Rad- und Gehwegen vom Ortsteil Grube bis zum geplanten Projekt einzustellen.~~

-

~~Darüber hinaus sind noch offene Teilstücke für Rad- und Gehwege zwischen dem Ortseingang Leest und Grube zu schließen.~~

-

~~Für die aktuell laufende Fortschreibung des Radwegekonzeptes wird die Stadt Potsdam beauftragt, die Anbindung an den Inselradweges F 3.1 mit dem Radweg F 2.2 sowie F 3 im Ortsteil Grube der Landeshauptstadt Potsdam einzubringen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine sichere Radwegverbindung zwischen Leest und Grube dargestellt werden kann. Eine Berichterstattung soll im ersten Quartal 2022 erfolgen.“

Herr Rietz plädiert für eine nochmalige Kontaktaufnahme mit dem Land. Der Bau einer Brücke kann finanziert werden, aber ein Radweg nicht. Das ist nicht verständlich, schon gar nicht bei den bestehenden Verkehrszielen.

Herr Niehoff weist noch einmal darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier bereits alles unternommen hat, was in ihrem Wirkungsbereich liegt. Die letztendliche Entscheidungsgewalt liegt beim Land.

Herr Adler spricht sich für die Fassung des Finanzausschusses aus, der durch einen Satz, einer nochmaligen Einbringung der städtischen Forderung beim Land, ergänzt werden sollte.

Herr Niehoff verweist nochmals darauf, dass die Landesplanung die übergeordnete Planung sei. Auf städtischer Seite könnte maximal der Gehwegbereich als kombinierter Radweg nutzbar gemacht werden.

Herr Finken erkundigt sich, ob nochmalige Gespräche mit dem Land möglich seien.

Herr Rubelt erinnert, dass zum Thema Radwege ein verabredeter Fahrplan

besteht, an den sich gehalten werden sollte. Eine Stückelung an dieser Stelle sei nicht zielführend. Die Landeshauptstadt Potsdam sei im Hinblick auf Radwege insgesamt sehr gut aufgestellt. Stellen, an denen es nicht besser geht, müssten dennoch manchmal akzeptiert werden.

Herr Wilke informiert, dass der Eingriff in laufende Planungsverfahren des Landes extrem schwierig sei. Im Randbereich Geh- und Radweg zu kombinieren, sei an dieser Stelle eine gute Lösung.

Auch Herr Twerdy schließt sich der Fassung des Finanzausschusses an. Letztendlich müsse hier auf Bundesebene mehr passieren.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag (Fassung aus dem Finanzausschuss vom 16.6.2021) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des derzeitigen Planfeststellungsverfahrens (Az.: 2110-311103/0902/002) der Erneuerung der Brücke L 902 Bw 2 über die Wublitz bei Grube Leest in den nächsten Jahren, sind durch die Stadt Potsdam Mittel in die Haushaltsplanungen 2022/23 für die Planungen und den Bau von Rad- und Gehwegen vom Ortsteil Grube bis zum geplanten Projekt einzustellen.~~

~~-
Darüber hinaus sind noch offene Teilstücke für Rad- und Gehwege zwischen dem Ortseingang Leest und Grube zu schließen.~~

~~-
Für die aktuell laufende Fortschreibung des Radwegekonzeptes wird die Stadt Potsdam beauftragt, die Anbindung an den Inselradweges F 3.1 mit dem Radweg F 2.2 sowie F 3 im Ortsteil Grube der Landeshauptstadt Potsdam einzubringen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine sichere Radwegverbindung zwischen Leest und Grube dargestellt werden kann. Eine Berichterstattung soll im ersten Quartal 2022 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.5 Planwerk Gewässer
Vorlage: 21/SVV/0531
Ortsbeirat Grube

Die Debatte erfolgt ohne gesonderte Einbringung.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt zum Antrag Stellung. Zum Punkt eins des Antrags informiert er, dass die Planungen noch

nicht begonnen haben, wenn es soweit ist, werden die Ortsbeiräte selbstverständlich beteiligt. Bezüglich Punkt zwei teilt er mit, dass die Verwaltung bereits im Gespräch mit dem Ortsbeirat ist. Zur letzten Forderung weist er darauf hin, dass die Ortsbeiräte im Rahmen der Kommunalverfassung und darüber hinaus eingebunden werden. Er empfiehlt, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Adler stellt den Änderungsantrag, den Punkt eins des Antrags abzustimmen und die Punkte zwei und drei zu streichen.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. der Ortsbeirat Grube sowie die Ortsbeiräte der anderen Ortsteile sind bei der Erstellung des angekündigten Planwerkes für Steganlagen an Potsdamer Gewässern sofort zu beteiligen.
- ~~2. die Verwaltung wird dahin gehend gerügt, ständige Alleingänge ohne Beteiligung der Ortsbeiräte auf den Weg zu bringen.~~
- ~~3. sämtliche durch die Stadtverwaltung Potsdam ohne die sofortige Information und der Einbeziehung der Ortsbeiräte über geplante Maßnahmen, Erstellung von Konzepten, Planwerken o. ä. und der frühzeitigen Beteiligung sind nicht weiter zu bearbeiten die Aufhebung für die in diesen Gebieten zu erstellenden oder geplanten Maßnahmen sind vorzunehmen.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 4.6 Klimacheck in Vorlagen (Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen)
Vorlage: 21/SVV/0566**

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein und erläutert das Verfahren. Die Testdauer soll ein Jahr betragen, um eine ausreichende Datenmenge zu erhalten, damit die geplante Evaluierung entsprechend qualitativ vorgenommen werden kann. Er wirbt dafür, das Verfahren auch auf Anträge der Fraktionen anzuwenden.

Herr Linke plädiert dafür, dass auch das Ergebnis der Abfrage in der Beschlussvorlage sichtbar ist.

Herr Dr. Zöllner möchte wissen, wie der CO₂-Ausstoß ermittelt wird.

Herr Twerdy hat Nachfragen zum Verfahren.

Herr Schmäh geht auf die Nachfragen ein. Der CO₂-Ausstoß muss im Einzelfall gesondert ermittelt werden. Das kann das Tool nicht leisten, dafür ist die Berechnung von zu vielen Faktoren abhängig. Die detaillierten Ergebnisse des Klimachecks werden der jeweiligen Verwaltungsakte beigelegt und können jeder Zeit eingesehen werden.

Herr Olbrich kritisiert, dass es letztlich niemanden in der Verwaltung der Landeshauptstadt noch unter den Stadtverordneten gibt, der die Fachkenntnisse besitzt, die Klimaauswirkungen tatsächlich einzuschätzen. Daher sei die Vorlage abzulehnen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Einführung des Verfahrens zur Klimawirkungsprüfung in der Landeshauptstadt Potsdam als Testphase gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	0

**zu 4.7 Eine Freiflächensolaranlage für die Deponie Golm
Vorlage: 21/SVV/0584**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) informiert über eine voraussichtlich im September vorliegende Mitteilungsvorlage, die unter anderem auch mögliche Flächen für Solaranlagen enthält. Die hier in Rede stehende Fläche ist nicht dabei. Zudem liegt sie in einem Landschaftsschutzgebiet (LSG). Zusammen mit dem nahe gelegenen Vogelschutzgebiet ist eine Zustimmung durch das Land Brandenburg nicht zu erwarten.

Herr Wilke bestätigt und bekräftigt die Aussagen der Verwaltung.

Aufgrund der hohen Anforderungen, die hier zu erfüllen seien, schlägt Herr Twerdy für die antragsstellenden Fraktionen vor, den Antrag zurückzuziehen.

Die Mitantragssteller signalisieren ihr Einverständnis.

Der Antrag Drucksache 21/SVV/0584 wird durch die Antragsteller

zurückgezogen.

zu 4.8 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0594

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.9 Illegale Müllentsorgung vermeiden

Vorlage: 21/SVV/0627

Fraktion Bürgerbündnis

Herr Rietz bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, dass die Forderung des Antrages ohnehin ständiges Verwaltungshandeln ist.

Herr Rietz fordert, nicht nur die Flächen der Landeshauptstadt zu betrachten, sondern auch darüber hinauszugehen, auch wenn der Handlungsspielraum hier so gut wie nicht vorhanden ist. Das Thema müsse mehr in die Öffentlichkeit getragen werden, dazu sei der Antrag da. Den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären lehnt er ab.

Herr Schmäh betont, dass dieses Thema aktuell presseseitig durch unter anderem diverse sehr gut platzierte Pressemitteilungen der Stadt gut aufgestellt ist. Sollte der Antrag zur Abstimmung gestellt werden, bittet er, das Wort „weiterhin“ in den Antragstext aufzunehmen.

Herr Rietz übernimmt den Vorschlag und ergänzt den Antragstext durch die Worte „weiterhin aktiv“.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **weiterhin aktiv** zu prüfen, ob mit Schranken, Wildkameras zur Überwachung oder anderen geeigneten Maßnahmen die Wald- und Feldwege in und an Natur- und Landschaftsschutzgebieten in Potsdam einschließlich der Ortsteile gesichert werden können und nur autorisierten Personen das Einfahren mit Autos erlaubt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

zu 4.10 **Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden**

Vorlage: 21/SVV/0630

Fraktion DIE LINKE

Die Tagesordnungspunkte 4.10 und 4.11 werden gemeinsam behandelt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

Frau Dr. Günther bringt den Antrag Drucksache 21/SVV/0630 ein und verweist dabei auf den Vortrag von Herrn Dr. Ohnesorge aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL), der den Mitgliedern vorliegt.

Herr Dr. Zöller bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Drucksache 21/SVV/0630 ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes die ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei kommunalen Hochbauprojekten in Potsdam besonders zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck sollen **soweit irgend** möglich

a) kommunale Hochbauten mit sehr hohem Anteil nachwachsender Rohstoffe, vorrangig in Holzbauweise sowie unter Verwendung weiterer nachwachsender, natürlicher oder recycelter Baustoffe, möglichst aus regionaler Produktion, geplant und errichtet werden;

b) kommunale Neubau-Gebäude ~~möglichst~~ rezyklierbar geplant und errichtet werden

~~e) der Passivhaus-Standard eingehalten werden~~

c) Streichen: Begründung: Das ist ein privatrechtlicher Standard, den man kostenpflichtig zusätzlich zertifizieren muss, ohne dass er in der Förderung eine Berücksichtigung findet. Wir haben in unserem Antrag deshalb Bezug genommen auf Standards, die dann auch bei der Förderung durch die Förderbank des Bundes, der KfW einen Nutzen für die Stadt, nämlich eine höhere Förderung bringen. Der Punkt könnte entfallen, dann würden sich unsere beiden Anträge sinnvoll ergänzen. (Siehe TOP 5.5., DS 21/SVV/0632)

~~d) der Energiebedarf der Gebäude möglichst vollständig lokal und aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden~~

d) Streichen: Begründung: So wünschenswert das Anliegen ist, muss folgendes bedacht werden 1. Sobald Strom aus der Leitung kommt, hat man keine Kontrolle über die Herkunft, auch Ökostrom ist i.a. nicht lokal; und 2. In puncto Wärme müsste man die EWP praktisch boykottieren, solange sie ihre Fernwärme nicht auf 100% EE umgestellt hat.

e) bei der Planung **aller zugehörigen Außenflächen** auf eine weitgehende Minimierung des Flächenverbrauchs bzw. der Bodenversiegelung hingewirkt werden;

f) Lösungen entwickelt werden, die darauf hinwirken, dass die Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude diese vorrangig mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbunds erreichen.

Dem SBWL ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht ist im November 2021 vorzulegen.“

Herr Dr. Zöller bringt den Antrag des Tagesordnungspunktes 4.11 Drucksache 21/SVV/0632 ein.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) wirbt bezüglich der Drucksache 21/SVV/0632 für die geänderte Fassung aus dem KIS Werksausschuss, die auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums bestätigt wurde:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Neubau von kommunalen Gebäuden in Potsdam besonders hohe Gebäudeenergiestandards umzusetzen und die ökologische Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck gelten für die Errichtung kommunaler Hochbauten der Stadt, des Kommunalen Immobilienservices (KIS) und durch Gesellschafterbeschluss auch der Pro Potsdam und ihrer Tochtergesellschaften folgende Grundsätze:

1. Neubauten werden ab sofort mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 55 ~~NH~~ oder EH 55 ~~NH~~ geplant, **ab einem Projektvolumen von mehr als 15 Mio. Euro nach dem Effizienzstandard EG 55 NH oder EH 55 NH**, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
2. Ab 2025 werden Neubauten ~~werden~~, **vorbehaltlich der Verfügbarkeit entsprechende Fördermittel**, mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 40 ~~NH~~ oder EH 40 ~~NH~~ geplant, **ab einem Projektvolumen von mehr als 15 Mio. Euro nach dem Effizienzstandard EG 40 NH oder EH 40 NH**, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
3. Außerhalb des Fernwärmevorranggebietes werden Neubauten so geplant, dass ihr Energiebedarf weitgehend aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, so dass **in der Regel** die Anforderungen der „EE-Klasse“ der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) eingehalten wird; **Abweichungen sind besonders zu begründen.**

Innerhalb des Fernwärmevorranggebietes kann regelmäßig auf die Fernwärme der EWP zurückgegriffen werden; **ergänzend wird die Wärmeerzeugung durch Erneuerbarer Energien im direkten Umfeld geprüft.**

4. Bei der Gestaltung der Außenanlagen ist die Pflanzung **und Pflege**

zahlreicher Bäume vorzusehen.

Dem **Werksausschuss KIS bzw. dem** Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und ländliche Entwicklung (SBWL) ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht soll im Februar 2022 erfolgen.“

Zum Antrag Drucksache 21/SVV/0630 betont Herr Richter, sei das „Wie“ die Frage. Sich nur auf nachwachsende Rohstoffe zu beschränken führt am eigentlichen Ziel vorbei. Aufgenommen werden müssten unbedingt auch andere, zertifizierte, Baustoffe. Das Recycling von Baumaterial entwickelt sich zusehend weiter - ein ebenfalls wichtiger Schritt zum nachhaltigen Bauen, der Berücksichtigung finden muss. Bezüglich der Forderung zur Berichterstattung bittet er, auf die Homepage zurückzugreifen. Hier stünden alle Projekte mit entsprechendem Steckbrief zur Verfügung.

Frau Dr. Haebel trägt zum Tagesordnungspunkt 4.10 Drucksache 21/SVV/0630 aus der Stellungnahme des Klimarates vor, die den Mitgliedern auch in Gänze zur Verfügung gestellt werden kann.

Unter anderem wirbt der Klimarat dafür, sich mehr Fachwissen dazuzuholen, eine kommunale Ressourcenstrategie zu erstellen sowie ein Monitoring einzuführen.

Herr Linke bezieht sich auf den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Drucksache 21/SVV/0630 und plädiert dafür, keine Streichungen im Antragstext vorzunehmen. Der Punkt d) sollte umformuliert ebenfalls enthalten bleiben. Punkt f) hält er dagegen auch für entbehrlich.

Frau Lange tendiert dazu, dass sich die antragsstellenden Fraktionen beider Drucksachen noch einmal zusammensetzen und versuchen, beide Anträge zu einem zusammenzuführen. Letztlich beabsichtigen beide Anträge dasselbe Ziel, eine Synergie sollte möglich sein.

Herr Richter befürwortet die Idee von Frau Lange und informiert, dass der Verwaltung ab dem 1.10.2021 eine Nachhaltigkeitsberaterin zur Verfügung steht, die er bittet, an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, beide Drucksachen, 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632, zurückzustellen und in Abstimmung mit der Verwaltung einen Synergieantrag zu formulieren.

Für den Antrag der Geschäftsordnung spricht Frau Dr. Günther. Sie bittet bei der Abstimmung, die ProPotsdam einzubeziehen.
Dagegen spricht niemand.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Finken zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Die Anträge, Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632, werden zurückgestellt und in Abstimmung mit der Verwaltung möglichst zu einem Synergieantrag zusammengeführt.

zu 4.11 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden

Vorlage: 21/SVV/0632

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Tagesordnungspunkte 4.10 und 4.11 werden gemeinsam behandelt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung) - Debatte siehe Tagesordnungspunkt 4.10.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, beide Drucksachen, 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632, zurückzustellen und in Abstimmung mit der Verwaltung einen Synergieantrag zu formulieren.

Für den Antrag der Geschäftsordnung spricht Frau Dr. Günther. Sie bittet bei der Abstimmung, die ProPotsdam einzubeziehen.
Dagegen spricht niemand.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Finken zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Die Anträge, Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632, werden zurückgestellt und in Abstimmung mit der Verwaltung möglichst zu einem Synergieantrag zusammengeführt.

zu 4.12 Untersuchung zur Optimierung Straßenreinigung/Winterdienst

Vorlage: 21/SVV/0642

Fraktionen DIE LINKE und SPD

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt für die Verwaltung Stellung.

Frau Lange teilt mit, dass es zwischenzeitlich einen neuen Änderungsantrag der CDU-Fraktion gibt, dem die antragstellenden Fraktionen zustimmen, womit sich der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 1.6.2021 erübrigt.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Untersuchung der Kostenstruktur in

Straßenreinigung und Winterdienst in Potsdam sowie der betreffenden Gebührensatzung durchzuführen. Dabei soll ermittelt **und anhand einer vergleichenden Kostenaufstellung der Stadtverordnetenversammlung dargestellt** werden, warum die entstehende Gebührenlast für Potsdamer Bürger*innen um ein Vielfaches höher ist als für Bürger*innen z.B. in der Stadt Werder/Havel und anderen Umlandgemeinden.

Es sind, **auch in Abstimmung mit der STEP GmbH**, Handlungsvorschläge zu unterbreiten, die die entstehenden Gebühren für Potsdamer Bürger verringern können.

Entsprechende Ergebnisse sind rechtzeitig vor Aktualisierung der Potsdamer Satzung bis Oktober 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.13 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Frau Dr. Denninger (Beauftragte für Menschen mit Behinderung) weist auf weitere Personengruppen hin, die in den Antrag unbedingt aufgenommen werden sollten und schlägt die Ergänzung des Antragstextes durch „Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund“ vor.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt für die Verwaltung Stellung.

Frau Dr. Günther übernimmt den Vorschlag von Frau Dr. Denninger zur Ergänzung des Antragstextes.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungs-konzepts (STEK) Verkehr der LHP eine geeignete Strategie zu entwickeln, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bei der weiteren Mobilitätsentwicklung Potsdams angemessen und bedürfnisorientiert berücksichtigt werden können.

Auf der Grundlage einer Analyse der Potsdamer Bevölkerungsstruktur und unter Einbindung relevanter Akteure, z.B. in einer AG STEK Verkehr, sollen dabei Schlüsselzielgruppen definiert werden. Zu berücksichtigen sind hierfür

sozioökonomische Faktoren, **Menschen mit Behinderung und/oder Migrationshintergrund** und Genderdimensionen. Direkte Beteiligungsformate sollten zielgruppenspezifisch und zielgruppengerecht sein, wie es bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig ist.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Aspekte des Gender Planning angewendet werden können. Eine Berichterstattung zur geplanten Vorgehensweise soll im November 2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.14 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein und verweist auf die Stellungnahme des Bundesamtes für Strahlenschutz, die den Mitgliedern vorliegt.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier bereits Verantwortung übernimmt und mit diversen Maßnahmen aktiv ist. Anhand einer Präsentation verdeutlicht er, was derzeit alles kommunal getan wird. Er weist unter anderem auf das Handlungskonzept Hitzeschutz hin sowie auf die Internetseite <https://www.potsdam.de/auf-extremes-wetter-besser-vorbereitet>, über die man sich unter anderem über Handlungsempfehlungen für Kitas und Seniorenpflegeeinrichtungen oder das Projekt ExTrass informieren kann. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Dafür spricht niemand.

Dagegen spricht Frau Dr. Günther. Sie beantragt stattdessen die Zurückstellung des Antrags, um sich nach dem Vortrag der Verwaltung nochmals mit dem Inhalt zu beschäftigen.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Finken zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 3:3:1 abgelehnt.

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt.

- zu 4.15 Vorgehen zur Einführung eines kostenlosen Schüler- und Azubitickets**
Vorlage: 21/SVV/0600
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 21/SVV/0600 zur Kenntnis.

- zu 4.16 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt**
Vorlage: 21/SVV/0684
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 21/SVV/0684 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

- zu 5.1 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern**
Vorlage: 21/SVV/0813
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 21/SVV/0813 zur Kenntnis.

- zu 5.2 Berichterstattung zur Verlegung der Buslinien 696 und 699 zur besseren Anbindung von Drewitz und Kirchsteigfeld (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1361)**
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 18.8.2021 ausgereicht – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

Frau Lange hat eine Frage zu den Alternativstrecken.

Herrn Linke ist die Berichterstattung etwas zu knapp. Er erkundigt sich bezüglich der Linie 699, ob es möglich wäre, für sie ein Ringverkehr einzurichten.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) geht zunächst auf die Nachfrage von Frau Lange ein. Dann bezieht er sich auf die Möglichkeit der Einrichtung eines Ringverkehrs für die Linie 699, die von den Verantwortlichen grundsätzlich eher nicht eingesetzt wird, da sie faktisch aus verschiedenen Gründen für Kunden unattraktiv ist.

zu 5.3 Berichterstattung Verkehr Kreuzung Bornim Kirche
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 18.8.2021 ausgereicht – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

zu 6 Sonstiges

Herr Rubelt informiert über die beabsichtigte Novellierung der Stellplatzsatzung und bietet den Fraktionen an, sich durch die Verwaltung gesondert informieren zu lassen. Bei Interesse, können sich die Fraktionen an das Büro des Beigeordneten wenden.

Tina Lange
Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Franziska Anhoff
Niederschrift

Zur Vorbereitung der Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 16.09.2021

Voten aus anderen Ausschüssen und Ortsbeiräten zur Kenntnis

Drucksache	Ausschuss	Votum bzw. Datum der Behandlung
21 SVV 0455	Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung	
	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 7.9.21	zurückgestellt
21 SVV 0594	Fußverkehrskonzept für die LHP	
	Ortsbeirat Groß Glienicke am 15.6.21	ungeändert beschlossen
	Ortsbeirat Uetz-Paaren am 21.6.21	zur Kenntnis genommen
	Ortsbeirat Neu Fahrland am 22.6.21	zur Kenntnis genommen
	Ortsbeirat Marquardt am 22.6.21	ungeändert beschlossen
	Ortsbeirat Fahrland am 18.8.21	ungeändert beschlossen
	Ortsbeirat Satzkorn am 24.6.21	geändert beschlossen:
	<p>Das Fußverkehrskonzept (gemäß Anlage) bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns zur Förderung des Fußverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam.</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Gehwegabschnitt Nr. 1183 soll als Lückenschluß, beginnend vom vorhandenen Rad- und Gehweg in Höhe des Bolzplatzes an der Satzkorner Bergstraße bis zur B273 als dringend erforderlich im Fußverkehrskonzept erhalten bleibt und in der Priorität von "M" auf "H" angehoben wird. Der Gehwegabschnitt Nr. 1182 (Nordseite) in der Dorfstraße als zweiter straßenbegleitender 	

	<p>Gehweg ergibt keinen Sinn und sollte im Fußverkehrskonzept entfallen.</p> <p>3. Maßnahmentabelle zu Anlage 4.12, 3/6, K280: Die Insel ist bereits geplant, muss nicht geprüft werden.</p> <p>4. Maßnahmenblatt zu Anlage 4.14 2/3 1195: Es muss ein direkter beleuchteter fahrradtauglicher Weg zum Hornbach-Baumarkt angelegt werden.</p> <p>5. Ein zusätzlicher Gehwegabschnitt im Bereich Satzkorner Bergstr Gabelung Str. zum Bahnhof muss aufgenommen werden. Das betrifft vorrangig den Bereich der Semmelhaack-Siedlung.</p> <p>6. Zusätzlicher Gehwegabschnitt von der Dorfstr. 6 bis zum Gutshaus: Der Fußweg auf der südlichen Seite der Dorfstraße muss wiederhergestellt werden.</p> <p>7. Zusätzlicher Gehwegabschnitt: Nr. 93 Der Streckenabschnitt 1179 muss dringend als kombinierter Fuß-Radweg bis zum Gewerbegebiet Marquardter Chaussee verlängert werden. Begründung: Aktuell wird das GE entwickelt. Viele Arbeitsplätze werden dort geschaffen. Im Moment erreicht man das GE zu Fuß nur unter Einsatz seines Lebens in dem man sich zwischen Autos/LKWs und den Leitplanken auf der Fahrbahn entlang schlängelt.</p>										
	Ortsbeirat Grube am 28.6.21	zur Kenntnis genommen									
	Ortsbeirat Golm am 2.9.21	geändert beschlossen:									
	<p>Mit der Änderung in der Kategorie Gehwegabschnitte im Fußverkehrskonzept:</p> <p>Nummer:</p> <table border="1"> <tr> <td>1145</td> <td>Golmer Damm</td> <td>..</td> <td>..</td> <td>...</td> <td>Fahrradstraße in Planung</td> <td>III</td> <td>G H</td> <td>M H</td> </tr> </table>		1145	Golmer Damm	Fahrradstraße in Planung	III	G H	M H
1145	Golmer Damm	Fahrradstraße in Planung	III	G H	M H			
	Ortsbeirat Eiche	am 30.9.2021									
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes	am 26.10.2021									

21 SVV 0646	UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten im Potsdam	
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes am 14.9.21	zurückgestellt - WVl vorauss. Nov. 21
	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 7.9.21	zurückgestellt
21 SVV 0744	Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See	
	<i>Hauptausschuss</i>	<i>am 29.9.2021</i>
21 SVV 0836	Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam	
	Ortsbeirat Uetz-Paaren am 6.9.21	abgelehnt
	Ortsbeirat Marquardt am 7.9.21	zur Kenntnis genommen
	Ortsbeirat Satzkorn am 9.9.21	zurückgestellt
	Ortsbeirat Groß Glienicke am 14.9.21	geändert beschlossen:
	<p>Änderung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1 auf Grundlage § 87 Abs. 4 Nr. 1-3 und Abs. 5 Nr. 1-3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).</p> <p>Einschließlich der Änderung in der Anlage 1, Abs. 1.1, Spalte 3 wie folgt:</p> <p>Für den Ortsteil Groß Glienicke: Anlage 1 – Richtzahlenliste, lfd.-Nr. 1.1 Wohnungen, Spalte 3 – für KFZ, ist zu ändern:</p> <p>in Gebäuden mit bis zu 2 Wohneinheiten: -- Wohnung soll gestrichen werden, neu: 2 Wohnungen in Gebäuden mit mehr als 2 Wohneinheiten: 0,5 , neu: 1</p>	

	Ortsbeirat Neu Fahrland am 15.9.21	(liegt noch nicht vor)
	Ortsbeirat Fahrland am 15.9.21	ungeändert beschlossen
	<i>Ortsbeirat Grube</i>	<i>am 20.9.2021</i>
	<i>Ortsbeirat Eiche</i>	<i>am 30.9.2021</i>
	<i>Ortsbeirat Golm</i>	<i>am 7.10.2021</i>
	<i>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</i>	<i>am 26.10.2021</i>
21 SVV 0858	Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam	
	Finanzausschuss am 8.9.2021	zurückgestellt
21 SVV 0860	Förderung von Stecker-Solar Anlagen – sogenannten Balkonkraftwerken – für private Haushalte	
	Finanzausschuss am 8.9.2021	geändert beschlossen:
	<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, prüfen zu lassen, wie die Anschaffung von Stecker-Solar-Geräten, sogenannte "Balkonkraftwerken", durch Privathaushalte gefördert werden kann - ja nach Möglichkeit durch eine städtische Förderung bis zu einem bestimmten Limit oder durch Förderung des Bundes.</p> <p>Der Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2021 Dem Ausschuss für Finanzen sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Frühjahr 2022 Bericht zu erstatten.</p>	